

Leserbrief (nicht veröffentlicht)
zum Artikel

„Schwindel mit dem Etikett“

S.72f, Der Spiegel Nr.29 / 13.7.2009

Der Artikel kann unter der angegebenen Überschrift bei Spiegel online aufgerufen werden:

<http://wissen.spiegel.de/wissen/image/show.html?did=66055467&aref=image040/2009/07/11/ROSP200902900720072.PDF&thumb=false>

Jahrelang ließen es deutsche und EU-Politiker und Politikerinnen wissentlich zu, dass die israelische Regierung mit ihrer Besatzungspolitik, also mit dem zollfreien Verkauf von Produkten aus illegalen Siedlungen, Geschäfte machen konnte. Auf eindeutige Bestimmungen wurde bei entsprechenden Anfragen immer wieder gern verwiesen, durchgesetzt wurden sie nicht.

Es bleibt zu hoffen, dass die gewissenhafte und mutige Anwendung der Gesetze durch die Hamburger Zöllner zusammen mit der erhofften Schützenhilfe der Justiz (Europäischer Gerichtshof und Hamburger Finanzgericht) endlich dazu führen, dass dieses Unrecht als solches benannt und auch sanktioniert wird – auch wenn dagegen wie bereits im Artikel erwähnt die Antisemitismuskeule mit dem absurden Vergleich „Kauft nicht bei Juden“ geschwungen wird.

Ich hoffe, dass auch Verbraucherinnen und Verbraucher Mut zu Konsequenzen zeigen:
Ich kaufe jedenfalls keine israelischen Waren, solange deren Herkunft für mich nicht sicher erkennbar ist, weil ich die völkerrechtswidrige Besatzungspolitik des Staates Israel nicht unterstützen will.

14.7.2009

Erika Christmann